

COP30: Ein vorhersehbarer Misserfolg

Durch die Überschätzung der Bedeutung dieses speziellen Ereignisses könnte Brasilien nicht nur wertvolles politisches Kapital verschwenden, sondern auch zur wachsenden Ermüdung und Skepsis gegenüber internationalen Klimaverhandlungen beitragen.



14. November 2025 | Raphael Machado

Diese Woche begann in Belém, einer der wichtigsten Städte im brasilianischen Amazonasgebiet, die 30. Ausgabe der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP30), dem wichtigsten internationalen Forum für Debatten und militante Artikulation zugunsten der Grünen Agenda und der Klimasache.

Die Symbolik, die mit dieser Veranstaltung am „Tor“ zum Amazonasgebiet angestrebt wird, ist offensichtlich. COP30 wird von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva nicht nur als das wichtigste Ereignis des Jahres, sondern als die bedeutendste Klimakonferenz der Geschichte und als unvermeidlicher „Moment der Wahrheit“ für die Menschheit angepriesen.

Der Ton von Lulas Eröffnungsrede war, sozusagen, alarmistisch und grenzte an Apokalyptik. Er zeichnete ein düsteres Bild von bevorstehenden Katastrophen – verheerende Dürren, Überschwemmungen an den Küsten, Massenmigrationen und der Zusammenbruch der Artenvielfalt, wobei er sogar einen kürzlichen Tornado im Süden Brasiliens anführte –, sofern nicht drastische und sofortige Maßnahmen ergriffen werden.

Wenn wir jedoch von „drastischen und sofortigen Maßnahmen“ sprechen, besteht die erste Schwierigkeit heute in der weit verbreiteten Auffassung, dass die Klimapolitik die Ungleichheiten eher vergrößern als verringern wird. Das liegt daran, dass Experten davon sprechen, die Steuern auf Privatfahrzeuge zu erhöhen, den Verzehr von tierischem Fleisch zu erschweren und fossile Brennstoffe zu verknappen, bis sie vollständig ersetzt sind. Damit stehen wir offensichtlich vor einem Szenario, in dem die Arbeiterklasse keine Autos mehr haben, kein Fleisch mehr essen, nicht mehr

reisen und für alles [was ihr noch bleibt] mehr bezahlen wird. Die herrschende Klasse hingegen wird weiterhin genug Geld haben, um sich ganze Autoparks zu leisten, sich mit erstklassigen Steaks vollzustopfen, mit Privatjets um die Welt zu reisen und wie gewohnt zu konsumieren – nur dass sie dafür mehr bezahlen muss.

Es ist übrigens nicht ohne Ironie, dass Hunderte von extrem umweltschädlichen Privatflugzeugen und Jets zu einer Klimakonferenz fliegen, damit ihre Insassen das Ende des Autos fordern können. Ein einziger Privatjet verursacht in einem Jahr so viel Umweltverschmutzung wie 200 Autos.

Auf jeden Fall scheint es, entgegen dem, was Lula andeutet, nicht so, als stünden wir vor einem Wendepunkt. Und wenn sich dies tatsächlich bestätigt, müssen wir zu dem Schluss kommen, dass der brasilianische Präsident für das Jahr 2025 die falschen Wetten abgeschlossen hat.

Das Problem beginnt mit der strategischen Entscheidung der Lula-Regierung, den Zeitplan des BRICS-Gipfels zu ändern, um der COP30 Vorrang einzuräumen. Der BRICS-Block ist das Epizentrum des Übergangs zu einer multipolaren Weltordnung. Der traditionell am Jahresende stattfindende Gipfel 2025 unter brasilianischer Präsidentschaft wurde abrupt auf die Mitte des Jahres vorverlegt. In der Praxis beschleunigte dies die diplomatische Agenda und machte es praktisch unmöglich, die bedeutenden Fortschritte des Gipfels 2024 in Kasan (Russland) weiterzuverfolgen und zu konsolidieren, bei dem wichtige Themen wie die Schaffung von vom Dollar unabhängigen Finanzmechanismen und die politische Koordinierung in regionalen Konflikten behandelt wurden.

Diese Neupositionierung im Kalender ist nicht nur ein logistisches Detail. Sie offenbart mit kristallklarer Deutlichkeit die Prioritätenhierarchie des brasilianischen Außenministeriums (Itamaraty): Die Grüne Agenda wurde ausdrücklich über die Multipolare Agenda gestellt. Während Letztere darauf abzielt, die globalen Machtverhältnisse neu zu strukturieren und den Einfluss weg von der traditionellen G7-Achse und der amerikanischen Unipolarität umzuverteilen, wird Erstere von Lula als eine Bühne mit größerem Prestige und internationaler Legitimität angesehen, gerade weil sie es ihm ermöglicht, die Beziehungen zu den „demokratischen“ Ländern der „internationalen Gemeinschaft“ zu stärken, anstatt zu den „Autokratien“, denen Lula zunehmend mit Misstrauen begegnet.

Diese Wette könnte jedoch nach hinten losgehen. Indem Lula ein Forum, das einige der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt zusammenbringt – von denen viele von fossilen Brennstoffen abhängig sind –, einer Veranstaltung unterordnet, deren Kernpunkt die Dekarbonisierung ist, schwächt er möglicherweise unbeabsichtigt genau die Plattform, die Brasilien eine Führungsrolle in diesem aufstrebenden Block verschafft.

Die These, dass Lula die Bedeutung der COP30 überschätzt, gewinnt noch mehr an Kontur, wenn man die drastische Veränderung im Umfeld der Hauptsponsoren der Grünen Agenda betrachtet. In den letzten zehn Jahren wurde die Lokomotive der Klimaziele mit voller Kraft von den USA und der EU angetrieben. Dieser Motor hat nun jedoch mit ernsthaften Treibstoffproblemen zu kämpfen.

Trump stoppt Klima-Nonsens in den USA

In den USA war die Wahl von Donald Trump im November 2024 ein echtes Erdbeben für die globale Klimapolitik. Trump hielt seine Wahlversprechen und machte nicht nur weiter mit der Energieunabhängigkeit um jeden Preis, sondern baute auch das „grüne“ Erbe seines Vorgängers aggressiv ab. Die Mittel für staatliche Programme zur Förderung erneuerbarer Energien und zur

Anpassung an den Klimawandel wurden drastisch gekürzt, neue Lizenzen für Öl- und Gasbohrungen – darunter auch die umstrittene Fracking-Methode – wurden in großem Umfang vergeben, und die Mittel der USAID für Umwelt-NGOs im Ausland wurden praktisch gestrichen. Die Abwesenheit hochrangiger offizieller US-Vertreter in Belém ist kein Boykott, sondern der klare Ausdruck einer neuen staatlichen Politik: Die Klimapolitik ist für Washington keine nationale Sicherheitspriorität mehr und wird heute feierlich ignoriert.

Europa lockert ‚Dekarbonisierungsziele‘

Unterdessen kollidiert in Europa der grüne Impuls mit einer harten geopolitischen und wirtschaftlichen Realität. Die Sanktionen gegen Russland als Vergeltungsmaßnahme für den Konflikt in der Ukraine lösten einen Dominoeffekt auf dem Kontinent aus. Der Verlust des Zugangs zu billigem russischem Erdgas, verschärft durch den Terroranschlag, der die NordStream-Pipelines zerstörte, stürzte den Block in eine anhaltende Energiekrise. Da es keine unmittelbaren Alternativen gab, waren Länder wie Deutschland gezwungen, Kohlekraftwerke, die umweltschädlichste fossile Brennstoffquelle, wieder in Betrieb zu nehmen.

Gleichzeitig hat der Druck der ländlichen Produzenten, die mit niederländischen Traktoren und polnischen Lastwagen die Hauptstädte blockieren, um gegen die als erdrückend empfundenen Umweltvorschriften zu protestieren, die Regierungen dazu gezwungen, ihre Dekarbonisierungsziele zu lockern. Der „Europäische Grüne Deal“ existiert zwar noch auf dem Papier, aber seine Umsetzung ist von Pragmatismus und Zugeständnissen geprägt, die seinen transformativen Charakter verwässern.

Im Laufe dieses Jahres hat die EU das zur Diskussion stehende Gesetz gegen Entwaldung bis zum nächsten Jahr blockiert, den Automobilherstellern zwei zusätzliche Jahre für die Einhaltung der Emissionsvorschriften eingeräumt, und all dies folgt auf die Verschiebung der Ziele für 2030 auf 2050.

Staatschefs bleiben der COP30 fern

Die erste und sichtbarste Folge dieser globalen Veränderungen ist die unbestreitbare politische Entleerung der COP30. Die Liste der in Belém anwesenden Staats- und Regierungschefs ist im Vergleich zu früheren Ausgaben bemerkenswert kurz. Zuvor hatten wir bereits festgestellt, dass die COP29 selbst leerer war als die COP28, was an sich schon auf einen Abwärtstrend bei der internationalen Einhaltung der Grünen Agenda hindeutet.

Die USA sind, wie bereits erwähnt, überhaupt nicht vertreten. Wichtige aufstrebende Mächte wie China und Indien haben lediglich Vizeminister oder Botschafter entsandt, was auf ein geringes Engagement hindeutet. Die meisten Länder des Globalen Südens sind entweder dem gleichen Weg gefolgt oder haben einfach keine prominenten Vertreter entsandt.

Dieses Phänomen ist ein aussagekräftiger Gradmesser für globale Prioritäten. In einer Zeit beschleunigter geopolitischer Veränderungen, in der regionale Konflikte (Ukraine, Sahel, Taiwan, Palästina) zunehmen und konkurrierende Machtzentren an Stärke gewinnen, rückt die Klimapolitik in der Praxis in den Hintergrund. Für Nationen, deren Souveränität und wirtschaftliche Entwicklung unter Druck stehen, ist es ein strategisches Risiko, staatliche Macht und industrielle Kapazitäten

zugunsten einer abstrakten Verteidigung der „Umwelt“ zu opfern, insbesondere wenn die historisch größten Emittenten sich offenbar von ihren eigenen Versprechen zurückziehen.

Kernenergie – kein COP-Thema

Schließlich fällt die anhaltende Blindheit der COP30 gegenüber einem Instrument auf, das viele Experten für eine realistische Energiewende als unverzichtbar erachten: die Kernenergie. Die Kernspaltungsenergie ist, wenn sie für zivile und friedliche Zwecke genutzt wird, die einzige bekannte Quelle, die Grundlaststrom (d. h. konstant und zuverlässig, unabhängig von Sonne oder Wind) mit praktisch null Treibhausgasemissionen liefert. Länder wie Frankreich, Schweden und seit kurzem auch die Vereinigten Arabischen Emirate belegen ihre Wirksamkeit.

Die russische ROSATOM leistet einen Beitrag zur Energiewende, indem sie Partnerschaften mit verschiedenen Ländern eingeht, die den Bau von Kernkraftwerken in Afrika, Westasien und Lateinamerika anstreben.

Neue Technologien wie kleine modulare Reaktoren (SMR) versprechen, die Kernenergie sicherer, erschwinglicher und vielseitiger zu machen. Innerhalb des ideologischen Ökosystems, das die COPs dominiert, bleibt die Kernenergie jedoch ein unantastbares Tabu, das oft mit fossilen Brennstoffen gleichgesetzt wird, während intermittierende Lösungen, die noch nicht in der Lage sind, ein industrielles Stromnetz vollständig zu versorgen, im Mittelpunkt des Interesses stehen und alle Investitionen erhalten.

Die COP30 in Belém findet daher unter einer Wolke von Paradoxien statt. Es ist eine Veranstaltung mit viel Rhetorik, aber geringer politischer Beteiligung; eine Bühne, auf der der „Moment der Wahrheit“ angekündigt wird, auf der jedoch die Hauptakteure des Klimadramas fehlen oder nur eine untergeordnete Rolle spielen; ein Forum, das nach radikalen Lösungen verlangt, aber eines der mächtigsten technologischen Instrumente, das uns zur Verfügung steht – die Kernkraft –, freiwillig ignoriert.

Die Gefahr besteht darin, dass Brasilien durch die Überschätzung der Bedeutung dieses spezifischen Ereignisses nicht nur wertvolles politisches Kapital verschwendet, sondern auch zur wachsenden Ermüdung und Skepsis gegenüber internationalen Klimaverhandlungen beiträgt.